

# **Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung**

Deutscher Bundestag  
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache  
18(12)788

26.09.2016 - 18/3264

1110-3

## **Antrag**

**der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14**

**- Einzelplan 14 -**

**Kapitel 1403**

**Kapitel 1404, Titel 551 16**

**Kapitel 1405, Titel 554 07**

**Kapitel 1407, Titel 553 11**

### **Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:**

Der Verteidigungsausschuss fordert die Bundesregierung auf, die nukleare Teilhabe im Rahmen der nuklearen Abschreckungspolitik der NATO zu beenden und somit auch keine finanziellen Mittel für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen, die sich aus der Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffen ergeben, die in Deutschland stationiert sind.

### **Begründung:**

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der nuklearen Abschreckungspolitik der NATO entbehrt sicherheitspolitisch jeder Begründung. Im Gegenteil, die Bereitstellung von Kapazitäten zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland ein erhebliches Risiko, da in Deutschland immer noch US-amerikanische Atombomben lagern. Zudem gehen mit der Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft hohen Kosten einher.

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu der Frage, ob Tornados als Trägersystem auch für die neuartigen Atomwaffen herangezogen werden sollen und welche zusätzlichen finanziellen Belastungen für dessen Modernisierung und Betrieb verausgabt werden müssen. Hinzu kommen die Mittel, die für den Ausbau des Atomwaffenlagers in Büchel erforderlich sind. Schätzungen gehen von einem Deutschen Kostenbeitrag in Höhe eines mehrstelligen Millionenbetrages aus. Die schwarz-rote Bundesregierung muss sich endlich endgültig von der Idee der nuklearen Abschreckung verabschieden, hierfür vorgehaltene Fähigkeiten und Mittel nicht länger bereitstellen und sich für eine entsprechende Anpassung des strategischen Konzepts der NATO einsetzen.

Berlin, den 28.09.2016

Agnieszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner

Agnieszka Brugger

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB